

Leistungskürzungen bei der Arbeitslosenversicherung belasten die Haushalte von Kantonen, Städten und Gemeinden in Millionenhöhe

Therese Frösch, grüne Nationalrätin und ehemalige Finanzdirektorin der Stadt Bern

Die Grünen Schweiz sind entschieden gegen erneute Leistungskürzungen bei der Arbeitslosenversicherung. Das Ziel der Arbeitslosenversicherung ist die berufliche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Infolgedessen müssen die Massnahmen qualitätsorientiert sein, um das Erlernen oder Verbessern von Kompetenzen zu ermöglichen. In einer modernen arbeitsteiligen Gesellschaft ist es erwiesenermassen besser, arbeitslosen Personen genügend Zeit zu geben, um eine ihrem Profil entsprechende Stelle zu finden. So steigen die Chancen, wieder dauerhaft im Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. Das ist der Grund, weshalb die Grünen eine Kürzung der Taggelder kategorisch ablehnen.

Bund schiebt Probleme ab

An Stelle von intelligenten Reformen beschränken sich Bundesrat und die bürgerliche Ratsmehrheit jedoch auf konzeptlose Sparrunden insbesondere auf dem Buckel von Jungen, Frauen und Langzeitarbeitslosen. Vor allem sie sind es, die mit weniger Taggeldern auskommen müssten und so direkt in die Sozialhilfe abgeschoben würden. Das ist kurzsichtig und schafft Kantonen und Gemeinden neue belastende Probleme.

Als mittelfristige Hauptwirkung wäre zu erwarten, dass die Zahl der Armutsbetroffenen in der Schweiz um mehrere zehntausend Personen zunehmen würde. Allein der Kanton Basel-Stadt beziffert in seiner Interpellationsantwort den erwarteten Nettoaufwand auf sechs bis acht Millionen Franken pro Jahr. Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kam ein im Auftrag der Sozialdirektorenkonferenz (SODK) erstelltes Fachgutachten. Ohne Übergangsbestimmungen wird sich zudem ca. ein Drittel der Personen, welche bereits Leistungen beziehen, direkt bei der Sozialhilfe anmelden müssen.

Wenn deutlich mehr Personen von der Sozialhilfe abhängig werden, und damit ist zu rechnen, wird es dazu führen, dass die Sozialhilfe mehr Mitarbeitende anstellen muss.

Kantonsregierungen sowie die Städteinitiative haben sich seit der ersten Vernehmlassung gegen diese Kostenverlagerung gewehrt. Es ist zu hoffen, dass sie sich vereint im Abstimmungskampf gegen diese unerhörte Abbauvorlage engagieren werden.